

WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 34

21.08.2017

QUELLE:



ZUSAMMENFASSUNG

- **UNGARISCHE WIRTSCHAFT WUCHS ÜBER EU-DURCHSCHNITT.** Im zweiten Quartal dieses Jahres wuchs die ungarische Wirtschaft – saisonal und um Kalendertage bereinigt – um 3,6 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Damit befindet sich Ungarn weiterhin im Spitzenfeld der Europäischen Union; gemäß den Prognosen der Regierung dürfte 2017 ein Wirtschaftswachstum über 4 Prozent machbar sein.
- **NACH ANSICHT DER MITTELEUROPÄER HAT UNGARN DIE RICHTIGE RICHTUNG EINGESCHLAGEN.** Ausgehend von einer Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts in zehn Ländern Mitteleuropas sind im Kreis der Mitteleuropäer nahezu anderthalb Mal mehr Menschen der Meinung, dass sich Ungarn in eine gute Richtung bewegt (43 Prozent), als Befragte eine schlechte Richtung sehen (31 Prozent). Die Erhebung zeigt zugleich auf, dass die verbindliche Ansiedlungsquote im Schnitt von nahezu acht Personen unter zehn Befragten (75 Prozent) zurückgewiesen wird. Hauptsächlich die Staaten Mittelosteuropas gelten als quotenfeindlich, wobei diese Frage auch die beiden in die Untersuchung einbezogenen westlichen Länder (Deutschland, Österreich) spaltet.
- **DIE ENTSCHULDIGUNG VON GÁBOR VONA IST UNGLAUBWÜRDIG.** Der Jobbik-Vorsitzende behauptet, seine Partei sei nicht rassistisch und antisemitisch, und hat sogar jene Gemeinschaften der Zigeuner und Juden um Verzeihung gebeten, die man in den vergangenen Jahren verletzt habe. Zweifellos haben sich die Rhetorik der Jobbik, ihr äußeres Erscheinungsbild und ihre Wortwahl in den jüngsten Jahren geändert, doch bleiben für diese Partei Rassismus und Antisemitismus charakteristisch. Obendrein handelt es sich um keine isolierten, seltenen Fälle, und nicht einmal die Erklärungen des Parteivorsitzenden sind frei von einer Zigeuner- und Judenfeindlichkeit.

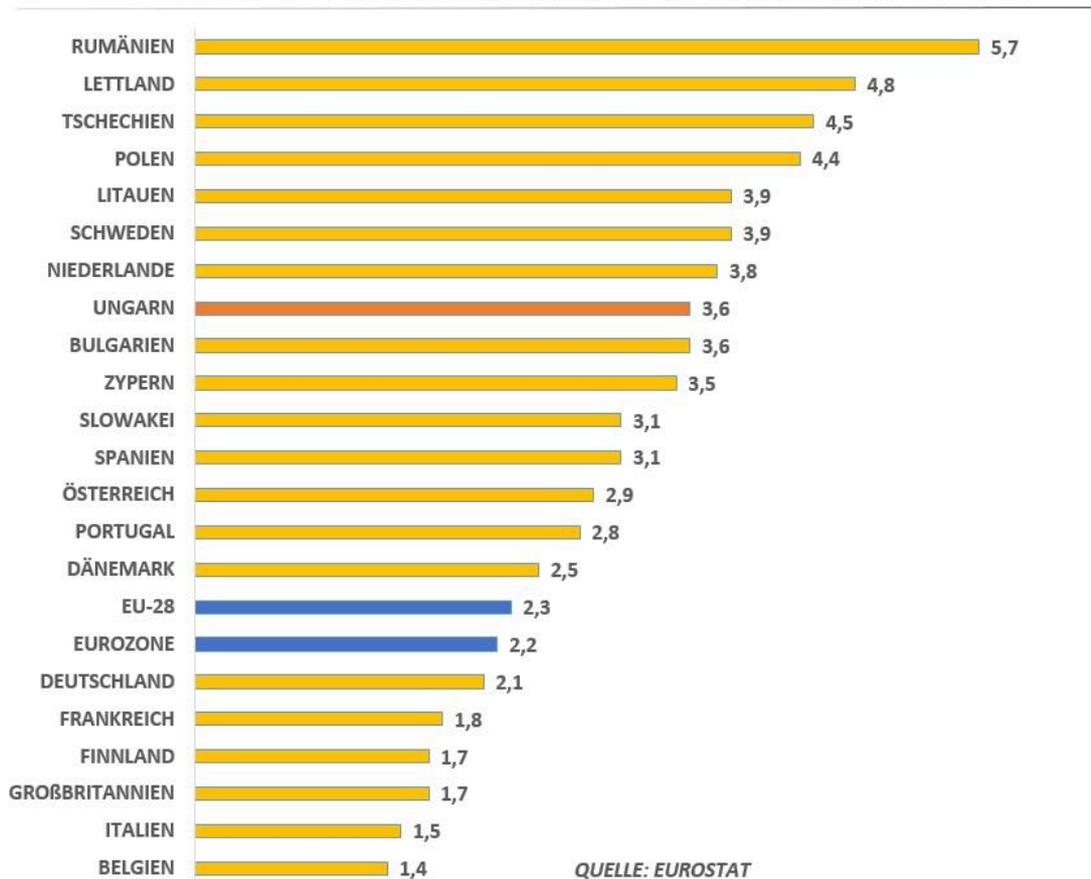
WIRTSCHAFTSPOLITIK

Ungarische Wirtschaft wuchs über EU-Durchschnitt

Im zweiten Quartal dieses Jahres wuchs die ungarische Wirtschaft – saisonal und um Kalendertage bereinigt – um 3,6 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Damit befindet sich Ungarn weiterhin im Spitzenfeld der Europäischen Union; gemäß den Prognosen der Regierung dürfte 2017 ein Wirtschaftswachstum über 4 Prozent machbar sein.

Das BIP der Europäischen Union legte im zweiten Quartal 2017 im Quartalsvergleich um 0,6 Prozent sowie im Jahresvergleich um 2,3 Prozent zu, während die Wirtschaftsleistung der Eurozone mit ihren 19 Mitgliedstaaten um 0,6 Prozent bzw. 2,2 Prozent gesteigert wurde. Ein dermaßen dynamisches Wachstum hat die Eurozone seit sechs Jahren nicht mehr erlebt.

BIP-WACHSTUM IN DER EUROPÄISCHEN UNION (2. QU. 2017, IN PROZENT)



In Ungarn wuchs die Wirtschaft den Erwartungen der Regierung entsprechend. Die im Vergleich zum ersten Quartal etwas schwächere Zahl lässt sich daraus erklären, dass im vergangenen Jahr das zweite Quartal das stärkste BIP-Wachstum zeigte; mit anderen Worten konnte die Wirtschaft in diesem Jahr selbst noch ausgehend von dieser starken Basis wachsen.

In der zweiten Jahreshälfte 2017 ist mit einem beschleunigten Wachstum zu rechnen, wenn die EUFördermittel und die Zuschüsse für das Wohnungsbauförderprogramm rasanter fließen, bzw. weil die Volkswirtschaft zusätzlich durch die Effekte des sechsjährigen Tarifabschlusses und der damit einhergehenden Steuersenkungen gestärkt wird.

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2017 stiegen die Löhne um 12,1 Prozent – dieses zweistellige Wachstum untermauerte ein dynamisches Wachstum bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen am Markt. Der Aufschwung im Baugewerbe und im Wohnungsbau wurde zu einem Großteil durch die zunehmende Verwendung von EU-Fördermitteln bzw. die auf dem Wege des Wohnungsbauförderprogramms gewährten Vergünstigungen getragen. Diese Faktoren werden das Wachstum in der zweiten Jahreshälfte noch besser unterstützen, weshalb für das Gesamtjahr davon ausgegangen werden kann, dass die Erwartungen der Regierung von einem Wachstum mit 4,1 Prozent erfüllt werden.

AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

Nach Ansicht der Mitteleuropäer hat Ungarn die richtige Richtung eingeschlagen

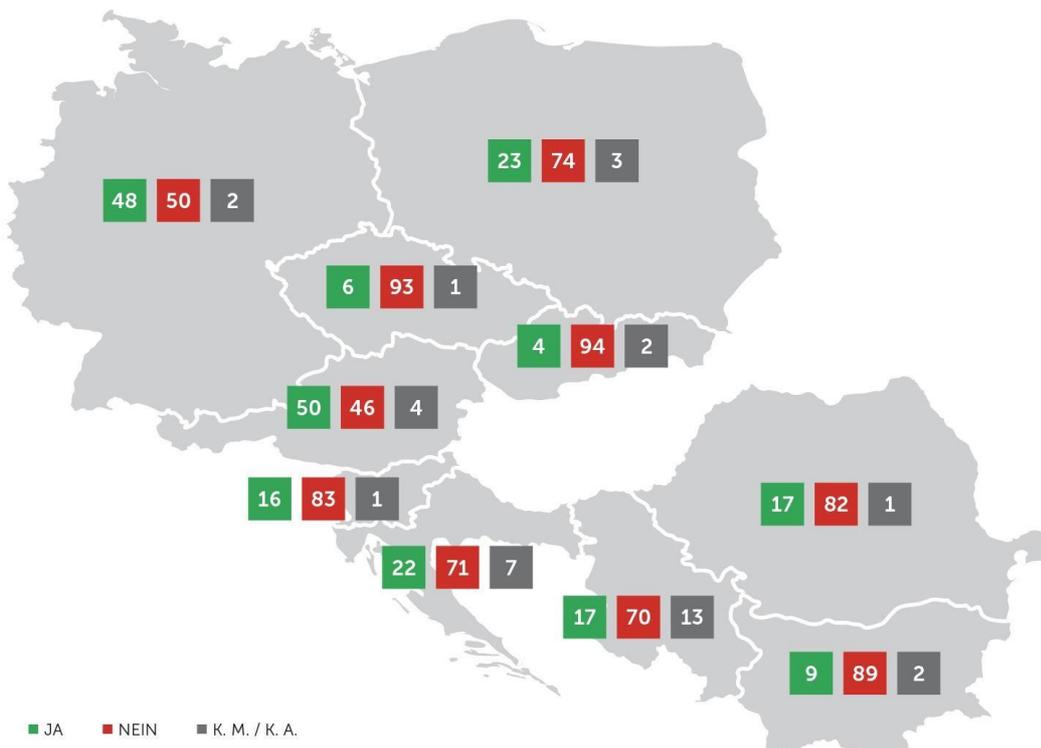
Ausgehend von einer Meinungsumfrage des Nézópont-Instituts in zehn Ländern Mitteleuropas sind im Kreis der Mitteleuropäer nahezu anderthalb Mal mehr Menschen der Meinung, dass sich Ungarn in eine gute Richtung bewegt (43 Prozent), als Befragte eine schlechte Richtung sehen (31 Prozent). Die Erhebung zeigt zugleich auf, dass die verbindliche Ansiedlungsquote im Schnitt von nahezu acht Personen unter zehn Befragten

(75 Prozent) zurückgewiesen wird. Hauptsächlich die Staaten Mitteleuropas gelten als quotenfeindlich, wobei diese Frage auch die beiden in die Untersuchung einbezogenen westlichen Länder (Deutschland, Österreich) spaltet.

In einer umfassenden Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts wurden Bürger aus zehn mitteleuropäischen Ländern (Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Kroatien, Serbien, Rumänien und Bulgarien) zur Einwanderungsquote, zur Aufnahme von illegalen Einwanderern, zu George Soros sowie zur Migrationspolitik Ungarns befragt.

Die Erhebung aus dem Juni zeigt, dass in den untersuchten Ländern eine überwältigende Mehrheit gegen die Pläne von Ansiedlungsquoten auftritt. Nahezu acht von zehn befragten Mitteleuropäern, genau 75 Prozent der Befragten, lehnen diese Konzeption ab. Im Durchschnitt der Staaten Mitteleuropas erreicht dieser Anteil sogar 80 Prozent.

KÖNNEN SIE AKZEPTIEREN, DASS DIE EUROPÄISCHE UNION OHNE ZUSTIMMUNG IHRER MITGLIEDSTAATEN EINE VERBINDLICHE ANSIEDLUNG VON EINWANDERERN IN DIE EINZELNEN LÄNDER VORSCHREIBT?



Die Erhebung befasste sich des Weiteren mit der Frage, inwieweit die Mitteleuropäer die Einwanderungspolitik der ungarischen Regierung unterstützen. Im Fall der drei Visegrád-Staaten – Polen, Tschechien und Slowakei – stimmen durchschnittlich doppelt so viele

Befragte (53 Prozent) der Einwanderungspolitik der ungarischen Regierung zu, wie Befragte diese ablehnen (27 Prozent).

Dieser Anteil verhält sich bei den Deutschen und den Österreichern genau umgekehrt: Im Durchschnitt sympathisieren dort 26 Prozent mit der Migrationspolitik der ungarischen Regierung, die von 61 Prozent abgelehnt wird. Diese Antworten erweisen sich insbesondere angesichts der Tatsache als bemerkenswert, dass die Befragten in diesen beiden Ländern durch die Frage der verbindlichen Ansiedlung gespalten werden, zumal die Aufnahme illegaler Einwanderer auch dort nur einer von zehn Befragten unterstützt. Im Hintergrund dieser Erscheinung dürfte das außerordentlich negative Medienbild Ungarns in diesen beiden Ländern stehen.

George Soros gilt gegenwärtig in Mitteleuropa als weniger bekannt; drei Fünftel (62 Prozent) aller Befragten kennen diese Person nicht oder konnten keine Antwort auf die Frage geben. Der Bekanntheitsgrad des amerikanischen Spekulanten ist derweil in Rumänien ausgesprochen groß. Je besser Soros in einem gegebenen Land bekannt ist, umso weniger Menschen sympathisieren mit ihm.

BITTE SAGEN SIE UNS, OB SIE EHER EINE POSITIVE ODER EHER EINE NEGATIVE MEINUNG VON GEORGE SOROS HABEN! BITTE GEBEN SIE AUCH AN, WENN SIE GEORGE SOROS NICHT KENNEN!



Die Erhebung untersuchte des Weiteren unsere Beurteilung in der Region. Auf dieser Grundlage kann gesagt werden, dass im Kreis der Mitteleuropäer anderthalb Mal so viele denken, Ungarn habe die richtige Richtung eingeschlagen (43 Prozent), wie Befragte das Gegenteil glauben (31 Prozent). Der Anteil der positiven Meinungen liegt in den Staaten Mittelosteuropas höher, in Deutschland und Österreich dagegen niedriger.

Bemerkenswert ist dabei, dass der Anteil jener Befragten, nach deren Meinung Ungarn eine gute Richtung verfolgt, bei den Rumänen (mit 64 Prozent), den Bulgaren (54 Prozent), den Slowaken und Kroaten (jeweils 49 Prozent) sowie den Slowenen (44 Prozent) überdurchschnittlich ausfällt.

Die Erhebung zeigt zugleich auf, dass jene Meinung, wonach Ungarn aus der Europäischen Union ausgeschlossen werden sollte, im Kreis der Mitteleuropäer ausgesprochen marginal erscheint. In dieser Frage zeigen sich durchschnittlich 77 Prozent als zurückweisend, während lediglich ein Zehntel der Befragten für einen Ausschluss Ungarns aus der Gemeinschaft plädieren würde. Obendrein befinden sich die Deutschen und die Österreicher in dieser Frage auf keinem anderen Standpunkt als die Mittelosteuropäer – auch in diesen beiden Ländern erreicht der Anteil von Befragten, die unser Land aus der EU ausschließen würden, nicht einmal ein Fünftel.

SEHEN SIE DIE DINGE IN UNGARN SICH EHER IN EINE POSITIVE ODER EHER IN EINE NEGATIVE RICHTUNG ENTWICKELN?

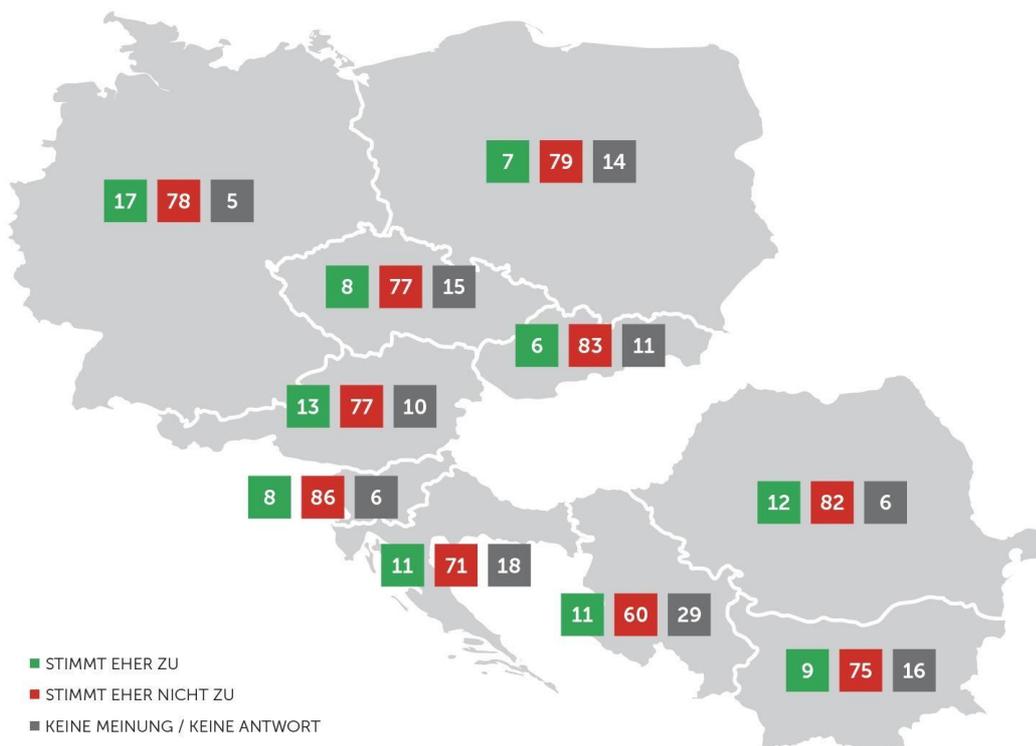


Abschließend untersuchten wir bei der Erhebung, wie viele der Befragten in den einzelnen Ländern Ungarn in den kommenden fünf Jahren besuchen wollen. Rund 51 Prozent der Befragten möchten demnach in naher Zukunft nach Ungarn kommen. Ausgehend von der Gesamtbefragung tragen sich hauptsächlich 30-39-Jährige mit dieser Absicht, unter denen 63 Prozent Ungarn besuchen möchten.

Parallel zu der Befragung in den zehn Ländern Mitteleuropas nahm das Nézőpont-Institut eine weitere, telefonische Befragung von eintausend erwachsenen Ungarn vor. Auf dieser Grundlage kann die Aussage getroffen werden, dass der Standpunkt der Ungarn in Verbindung mit der Einwanderung nahezu deckungsgleich mit der Meinung der in den übrigen Ländern Mittelosteuropas lebenden Menschen ist.

So werden die verbindlichen Ansiedlungsquoten beispielsweise von gerade einmal 8 Prozent der Ungarn unterstützt, und die Aufnahme illegaler Einwanderer von nur 3 Prozent. Des Weiteren stimmen 73 Prozent der Einwanderungspolitik der ungarischen Regierung zu, womit deutlich wird, dass in dieser Angelegenheit die Parteipräferenzen auch weiterhin zweitrangig sind.

STIMMEN SIE JENER BEHAUPTUNG EHER ZU ODER EHER NICHT ZU, WONACH UNGARN AUS DER EUROPÄISCHEN UNION AUSGESCHLOSSEN WERDEN SOLLTE?



UNGARISCHE INNENPOLITIK

Die Entschuldigung von Gábor Vona ist unglaublich

Der Jobbik-Vorsitzende behauptet, seine Partei sei nicht rassistisch und antisemitisch, und hat sogar jene Gemeinschaften der Zigeuner und Juden um Verzeihung gebeten, die man in den vergangenen Jahren verletzt habe. Zweifellos haben sich die Rhetorik der Jobbik, ihr äußeres Erscheinungsbild und ihre Wortwahl in den jüngsten Jahren geändert, doch bleiben für diese Partei Rassismus und Antisemitismus charakteristisch. Obendrein handelt es sich um keine isolierten, seltenen Fälle, und nicht einmal die Erklärungen des Parteivorsitzenden sind frei von einer Zigeuner- und Judenfeindlichkeit.

Dass es sich beim neuen, gemäßigteren Kurs der Jobbik nur um Wahlkampfstrategie handelt, zeigt sich daran, dass zwar gemeinsam mit István Apáti und István Szávay auch der für regelmäßige antisemitische Äußerungen bekannte Előd Novák aus dem Parteivorstand gedrängt wurde, die an ihre Stelle ins Präsidium aufgerückten Politiker László Toroczkai, Dávid Janiczak und Erik Fülöp aber auch nicht gemäßigtere, sondern bestenfalls diszipliniertere Politiker sind.

So ließ sich Dávid Janiczak beispielsweise im Herbst 2014 mit einem Mann fotografieren, der wie Hitler gekleidet war. László Toroczkai reagierte im vergangenen Jahr auf eine Datenanfrage mit Hinweisen auf einen „jüdischen“ und „homosexuellen“ Hintergrund der hinter der Frage stehenden Person, statt eine Antwort zu geben. Den Leiter der einheitlichen ungarischen Glaubensgemeinschaft der Israeliten, Slomó Köves, bezeichnete er wiederum als „auf sein privates Auskommen bedachten Juden“.

Daneben ist auch weiterhin jener Márton Gyöngyösi Leiter des Außenpolitischen Kabinetts der Jobbik, der die Juden als nationales Sicherheitsrisiko einstufte, und sitzt unverändert in der Parlamentsfraktion jener Gergely Kulcsár, der das Holocaust-Denkmal der am Donauufer ausgestellten Schuhe bespuckte. Zwar trennte sich die Partei von dem überzeugten Antisemiten Balázs Lenhardt und jenem Zolt Baráth, der den Juden Ritualmorde vorwirft, doch spricht es Bände, dass der Ausschluss nicht als unmittelbare Vergeltung für diese skandalösen Äußerungen erfolgte, sondern deutlich später. Gábor Vona erklärte obendrein dieser Tage, er halte sich weiter an seine 2013 gemachte

Erklärung, wonach er zurücktreten würde, „wenn sich herausstellen sollte, dass ich ein Jude bin“.

Der Jobbik, die den Ausdruck „Zigeunerkriminalität“ in die ungarische öffentliche Meinung verpflanzte, sind bis heute rassistische, antiziganistische Äußerungen nicht fremd. Als die Partei mit Gábor Vona antrat, sprach dieser beispielsweise davon, dass „in Ungarn nichts weiter als drei Millionen Rentner und einige Millionen Zigeuner“ übrig bleiben werden, woraufhin er in Verbindung mit dem wachsenden Bevölkerungsanteil der Zigeuner hinzufügte, er wolle das „Geschäft mit den Bälgern“ beenden. Und bei der diesjährigen Maifeier der Jobbik formulierte er in Verbindung mit den Roma-Abgeordneten, Fidesz und MSZP hätten nach seiner Ansicht „Vorzeige-Zigeuner“ im Parlament platziert.

Im Wahlprogramm 2014 der Jobbik kann obendrein nachgelesen werden, dass „die einheimischen sozialen Probleme unbestreitbar einen ethnischen, konkret mit dem Zigeunertum in Verbindung stehenden Kontext besitzen“. Unter den Lösungsansätzen der Partei findet sich unter anderem, für Roma-Kinder mit Anpassungsschwierigkeiten gesonderte Wohnbezirke einzurichten. Im Programm „Wir sprechen es an und wir lösen es“ kommt gleich 53 Mal der Begriff „Zigeunertum“ vor, während ein durch die Jobbik definierter Teil der Roma als „armseliges Volk“ bezeichnet wird.

Vona hat mit seinen aktuellen Entschuldigungen erreicht, dass die heimische Öffentlichkeit mal wieder die antisemitischen und rassistischen Äußerungen von Jobbik-Politikern behandelt. Somit ist er – statt die gewünschte Wende zur „Volkspartei“ zu untermauern – erneut zu heiklen Erklärungsversuchen genötigt. Das aber zeigt ein weiteres Mal, dass Gábor Vona hektisch handelt und keine durchdachte Strategie besitzt, wie er seine Partei 2018 zum Wahlsieg führen will.

PROGNOSE

- Am 21. August stimmen die Abgeordneten über die Auflösung des Landtags in Niedersachsen ab. In dem deutschen Bundesland mit seinen knapp 8 Millionen Einwohnern finden drei Wochen nach den Bundestagswahlen, am 15. Oktober, vorgezogene Landtagswahlen statt.
- Am 22. August teilt das Statistische Amt KSH die Zahlen zur Lohnentwicklung im Zeitraum Januar-Juni mit.
- Am 22. August hält der Währungsrat der Ungarischen Nationalbank (MNB) seine nächste Zinssitzung ab.
- Am 24. August halten Kanzleramtsminister János Lázár und Regierungssprecher Zoltán Kovács die erste Regierungspressekonferenz nach der Sommerpause ab.
- Am 24. August trifft der französische Präsident Emmanuel Macron auf Einladung des rumänischen Präsidenten Klaus Iohannis zu einem Besuch in Rumänien ein.